

**Endgültige Bedingungen Nr. 4 vom 16. Oktober 2009  
zum Basisprospekt vom 18. Juni 2009  
geändert durch die Nachträge  
vom 16. Juli 2009 und 27. August 2009**

Potenzielle Käufer von Zertifikaten, die Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen sind, sollten sich bewusst sein, dass die Höhe des Rückzahlungsbetrags von der Wertentwicklung eines Basiswerts abhängt. Zudem ist die Emittentin im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den Zertifikaten nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.



## **Endgültige Bedingungen**

<b>Gesamtstückzahl der Zertifikate</b>	<b>Bezeichnung der Zertifikate</b>	<b>WKN/ISIN der Zertifikate</b>
<b>500.000</b>	<b>„AktienGarant I-Anleihe“</b>	<b>BLB5LS/ DE000BLB5LS9</b>

**Bayerische Landesbank**

**Stücknotierte Zertifikate**

**Emissionstag: 11. November 2009**

Die Endgültigen Bedingungen wurden bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und werden in gedruckter Form bei der Emittentin zur Ausgabe an das Publikum bereitgehalten. Zudem ist vorgesehen, sie in elektronischer Form auf der Internet-Seite der Emittentin ([www.bayernlb.de](http://www.bayernlb.de)) bereitzustellen.

## Präsentation der Endgültigen Bedingungen

Gegenstand dieser Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt „Stücknotierte Zertifikate“ vom 18. Juni 2009 ist eine Serie (die „Serie“) von Zertifikaten (die „Zertifikate“). Die Zertifikate werden von der Bayerischen Landesbank begeben. Die Endgültigen Bedingungen zum Basisprospekt werden gemäß Artikel 26 Abs. 5 Unterabs. 1 Alt. 2 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 durch Einbeziehung der Endgültigen Bedingungen in den Basisprospekt präsentiert, d. h. es werden diejenigen Teile des Basisprospekts in diesem Dokument wiedergegeben, in denen sich aufgrund der Endgültigen Bedingungen Änderungen ergeben. Dabei werden vorhandene Leerstellen ausgefüllt. Alternative oder wählbare (im Basisprospekt mit eckigen Klammern gekennzeichnete) Ausführungen oder Bestimmungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausdrücklich genannt sind, gelten als aus dem Basisprospekt gestrichen.

Die Endgültigen Bedingungen haben die folgenden Bestandteile:

<b>I. Risikofaktoren .....</b>	<b>3</b>
<b>II. Wertpapierbeschreibung.....</b>	<b>11</b>
<b>III. Zertifikatsbedingungen .....</b>	<b>16</b>
<b>IV. Besteuerung .....</b>	<b>22</b>

**Wir bestätigen hiermit, dass Information von Seiten Dritter korrekt wiedergegeben wurden und dass — soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte — keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden. Die Quellen der Informationen werden an der jeweiligen Stelle genannt, an der die Informationen verwendet werden. Es ist zu beachten, dass die vollständigen Angaben über die Emittentin und das Angebot sich nur aus dem Basisprospekt und den Endgültigen Bedingungen zusammen ergeben. Soweit Angaben in den Endgültigen Bedingungen und den beigefügten Zertifikatsbedingungen vom Basisprospekt abweichen, sind die Angaben in den Endgültigen Bedingungen vorrangig gegenüber den Angaben im Basisprospekt. Der Basisprospekt ist in elektronischer Form auf der Website der Emittentin veröffentlicht ([www.bayernlb.de](http://www.bayernlb.de)).**

# I. Risikofaktoren

*Investoren sollten (erforderlichenfalls zusammen mit eigenen professionellen Beratern) die im folgenden dargestellten emittentenspezifischen und wertpapierspezifischen Risiken vor einem Investment in Wertpapiere der Bayerischen Landesbank sorgfältig und unter Berücksichtigung aller anderen Informationen, die in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen, im Basisprospekt und im Registrierungsformular enthalten sind, abwägen.*

## **1. Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin**

*Wie andere Marktteilnehmer auch ist die Bayerische Landesbank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus einer Emission von Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann und der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert. Der folgende Text beinhaltet die wesentlichen emittentenspezifischen Risikofaktoren, die mit einem Investment in Wertpapiere der Bayerischen Landesbank verbunden sind. Die hier dargestellten Risiken könnten auch kumulativ eintreten und sich dadurch gegenseitig verstärken, wobei es nicht möglich ist, im vorhinein abzuschätzen, ob es zu einer solchen Akkumulierung kommt und was gegebenenfalls ihre konkreten Auswirkungen sein werden. Außerdem könnten andere, derzeit nicht bekannte oder als nicht wesentlich eingestufte Risiken die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der BayernLB beeinträchtigen.*

### **Kredit- bzw. Adressenausfallrisiken**

Die Bayerische Landesbank und ihre Tochterinstitute sind Kredit- bzw. Adressenausfallrisiken ausgesetzt. Sie entstehen, wenn aus Geschäften Ansprüche gegen Kreditnehmer, Wertpapieremittenten oder sonstige Kontrahenten resultieren. Werden von diesen Adressen Verpflichtungen nicht erfüllt, entsteht ein Verlust in Höhe der nicht erhaltenen Leistungen abzüglich verwerteter Sicherheiten und gegebenenfalls vermindert um eine erzielte Wiedergewinnungsrate aus unbesicherten Teilen. Jeder derartige Verlust würde einen negativen Effekt auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Finanzlage der Gruppe haben. Aufgrund der sich manifestierenden Rezession war im Geschäftsjahr 2008 auf Basis der in der Gruppe angewandten internen Ratingverfahren eine Verschlechterung der Ratings zu beobachten. Diese spiegeln eine verminderte Kreditwürdigkeit des jeweiligen Schuldners und damit eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Realisierung des jeweils zugrunde liegenden Kredit- oder Adressenausfallrisikos wider. Diese Tendenz dürfte sich im Geschäftsjahr 2009 aufgrund anhaltender weltweiter Konjunkturertrübung fortsetzen, was einen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der BayernLB und der Gruppe haben könnte. Ein besonderer regionaler Fokus beim Management von Kredit- und Adressenausfallrisiken wird in Ost- und Südosteuropa bei den Tochtergesellschaften HGAA und der MKB liegen.

### **Beteiligungsrisiken**

Die BayernLB und ihre Tochtergesellschaften gehen zur Erreichung ihrer Unternehmensziele Beteiligungen an anderen Unternehmen ein. Damit verbunden ist die Eingehung von Beteiligungsrisiken, das heißt des Risikos potenzieller Verluste aus investiertem Eigenkapital, Haftungsverhältnissen (zum Beispiel aus Patronatserklärungen zugunsten der Beteiligungsunternehmen) oder Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen). Eine Realisierung von Beteiligungsrisiken würde sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gruppe auswirken.

### **Länderrisiken**

Länderrisiko ist das Risiko, dass im jeweils betroffenen Land ein Geschäftspartner oder dieses Land selbst seinen Verpflichtungen aufgrund hoheitlicher Maßnahmen oder volkswirtschaftlicher oder politischer Probleme nicht oder nicht fristgerecht nachkommt. Länderrisiken entstehen beispielsweise aufgrund einer Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eines politischen oder sozialen Umsturzes, der Verstaatlichung oder Enteignung von Vermögen, der

Nichtanerkennung von grenzüberschreitenden Verbindlichkeiten von staatlicher Seite, von Devisenkontrollmaßnahmen, der Entwertung oder Abwertung der Landeswährung oder Zahlungs- oder Lieferverboten, Moratorium, Embargo, Krieg, Revolution oder Putsch im jeweils betroffenen Land. Die BayernLB und ihre Tochterinstitute gehen im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit bewusst Länderrisiken ein. Die wachsenden Staatsdefizite einiger, gerade auch europäischer Länder, führen gegenwärtig zu einer Zunahme der Bedeutung von Länderrisiken. Eine Realisierung von Länderrisiken würde negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Finanzlage der Gruppe haben.

### **Marktpreisrisiken**

Marktpreisrisiken umfassen potenzielle Verluste aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen. Die BayernLB gliedert Marktpreisrisiken in allgemeine und spezifische Zinsänderungs-, Währungs-, Aktienkurs-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken sowie Risiken aus alternativen Investments (zum Beispiel in Hedgefonds). Marktpreisrisiken können aus Wertpapieren und wertpapierähnlichen Produkten, Geld- und Devisenprodukten, Rohstoffen, Derivaten, Währungs- und Ergebnissicherungen, eigenkapitalähnlichen Mitteln oder aus dem Aktiv-Passiv-Management resultieren. Marktpreisrisiken stellen ein bedeutsames Risiko dar, dessen Realisierung einen erheblichen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe haben kann.

Im Zuge der weltweiten Finanzmarktkrise kam es im Geschäftsjahr 2008 zu einem signifikanten Anstieg der Marktpreisrisiken gegenüber dem Vorjahr. Verantwortlich hierfür war vor allem eine durch starke Marktwertschwankungen im Bereich der Credit Spreads (Bonitätsaufschläge) getriebene Zunahme des spezifischen Zinsrisikos. Mit der Ausweitung der Finanzmarkturbulenzen hat in der Folge auch die Volatilität bei Währungen zugenommen und zu einem entsprechenden Risikoanstieg geführt. Insbesondere bei ABS- und anderen Wertpapieren führte extremer Preisverfall und zunehmende Illiquidität der relevanten Märkte dazu, dass Verkäufe von Vermögensgegenständen nicht bzw. nicht zu akzeptablen Preisen möglich waren, so dass Anpassungen des Marktpreisrisiko-Limits erforderlich wurden. Die Belastungen aus den ABS- und Sekundärmarktportfolien schlugen sich im Geschäftsjahr 2008 im Handelsergebnis mit minus EUR 2,1 Mrd. und im Ergebnis aus Finanzanlagen mit minus EUR 1,9 Mrd. nieder. Die weitere Entwicklung der Marktpreisrisiken wird auch im Geschäftsjahr 2009 stark von der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte abhängen, die zurzeit nicht hinreichend abschätzbar ist.

### **Liquiditätsrisiko**

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Bank fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht erfüllen oder – im Falle einer Liquiditätskrise – Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen beschaffen oder Aktiva nur mit Abschlägen auf die Marktpreise veräußern kann. Liquidität ist eine Kernressource für die Bank, weshalb einer erfolgreichen Liquiditätssteuerung und einem funktionierendem Liquiditätsrisikomanagement eine zentrale Bedeutung zukommt. Sollte die BayernLB nicht zu jeder Zeit über genügend Mittel zur Erfüllung ihrer fälligen Zahlungsverpflichtungen verfügen, hätte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die geschäftlichen Aussichten der Bank und könnte bedeuten, dass der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert. Sollte sich die BayernLB im Falle einer Liquiditätskrise Liquidität nur zu erhöhten Kosten beschaffen können, hätte dies nachteilige Auswirkungen auf die Ertragslage der Bank.

Die weltweite Vertrauenskrise an den Finanzmärkten hatte in 2008 erhebliche negative Auswirkungen auf die Refinanzierungssituation der Banken, so auch auf die BayernLB. So mussten im Laufe des Geschäftsjahrs Maßnahmen zur Reduzierung bestehender Liquiditätsrisiken und zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit ergriffen werden. Hierzu zählen neben einer gezielten Steuerung der Liquiditätsreserven und einer an der Refinanzierungssituation ausgerichteten, maßvollen Steuerung des Kreditneugeschäfts die Beantragung eines Garantiekreditrahmens in Höhe von EUR 15 Mrd. beim SoFFin, der der Bank mit Vertrag vom 3. Dezember 2008 entsprechend eingeräumt und von der Bank im Januar 2009 in Höhe von EUR 5 Mrd. genutzt worden ist. Auch im Geschäftsjahr 2009 wird die Liquiditätslage der Gruppe stark von der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte abhängen, die zurzeit nicht hinreichend abschätzbar ist.

## **Operationelle Risiken**

Entsprechend der aufsichtsrechtlichen Definition bedeutet operationelles Risiko die Gefahr von Verlusten aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens interner Verfahren oder Systeme, aufgrund des Versagens oder Ausfalls von Menschen oder aufgrund externer Ereignisse. Dies schließt Rechtsrisiken ein. Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Eine Realisierung von operationellen Risiken könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gruppe haben.

## **Risikomanagementsysteme in der Gruppe**

Die BayernLB hat sowohl in ihrer Aufbau- als auch ihrer Ablauforganisation Zuständigkeiten und Prozesse zur möglichst umfassenden Identifizierung, Analyse, Messung, Steuerung, Begrenzung und Überwachung von Risiken geschaffen. Die entsprechenden Methoden, Einrichtungen und Verfahren werden ständig weiterentwickelt und in einem fortschreitenden Prozess auch innerhalb der konzernstrategischen Beteiligungen etabliert. Dabei kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich die heute bestehenden Verfahren in der Zukunft als unzureichend oder ungeeignet erweisen mit der Folge, dass die BayernLB oder ihre Tochtergesellschaften unerwartet substantielle Verluste erleiden könnten, die einen negativen Einfluss auf die Geschäfte und die finanzielle Position der BayernLB und der Gruppe haben und die im äußersten Fall zur Unfähigkeit der BayernLB führen könnten, geschuldete Zahlungen auf ihre Wertpapiere zu leisten. Außerdem besteht generell das Risiko, dass es der Bank nicht gelingen könnte, geeignete neue Risikomanagement-Verfahren zu entwickeln und umzusetzen.

## **Kapitalmanagement und Solvabilität / Risikotragfähigkeit**

Zur Deckung potenzieller Verluste aus der Realisierung von Risiken muss die Bank nach ökonomischen Gesichtspunkten und unter Beachtung aufsichtsrechtlicher Vorgaben stets über ein ausreichendes Eigenkapital und eine ausreichende (haftende) Risikodeckungsmasse verfügen. Gegen Ende des Geschäftsjahres 2008 überstieg das ökonomische Risiko der Gruppe einschließlich des Risikokapitalbedarfs für mögliche verschärfte Risikosituationen (Stressszenarien) das angestrebte Risikokapital. Dies machte eine Stärkung der Kapitalbasis der Bank erforderlich. Der Freistaat Bayern hat das Eigenkapital der Bank in drei Tranchen um insgesamt EUR 10 Mrd. erhöht, davon um EUR 3 Mrd. noch im Geschäftsjahr 2008. Mit dem vollständigen Zufluss des durch den Freistaat Bayern bereitgestellten Kapitals im ersten Quartal 2009 wurde die Risikotragfähigkeit wiederhergestellt. Jedoch kann aufgrund der noch nicht überwundenen Finanz- und Konjunkturkrise nicht mit letzter Gewissheit ausgeschlossen werden, dass zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlicher Eigenkapitalbedarf entsteht.

## **Restrukturierung der Gruppe**

Aufgrund der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die BayernLB wurden der Bank vom Freistaat Bayern sowie – auf der Grundlage des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes – vom SoFFin umfangreiche Hilfen zur Stabilisierung der Bank (Stabilisierungsmaßnahmen) gewährt. Die Stabilisierungsmaßnahmen sind nach europäischem Wettbewerbsrecht als Beihilfen zu qualifizieren und bedürfen der Genehmigung durch die Kommission. Die Kommission hat die Beihilfen genehmigt. Die Stabilisierungsmaßnahmen des Freistaats Bayern hat die Kommission am 18. Dezember 2008 allerdings zunächst nur für einen Zeitraum von sechs Monaten genehmigt. Die Bank hat der Kommission am 29. April 2009 einen Umstrukturierungsplan zur Entscheidung vorgelegt. Damit hat sich der Sechsmonatszeitraum automatisch bis zur Entscheidung der Kommission über diesen Umstrukturierungsplan verlängert. Sollte die Kommission den Umstrukturierungsplan nicht, auch nicht mit Änderungen, genehmigen, müsste die BayernLB die vom Freistaat Bayern erhaltenen Beihilfen zurückzahlen. Dies würde erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Liquiditäts- und Finanzlage, die Eigenkapitalsituation und die geschäftlichen Aussichten der BayernLB haben. Die Bank ist zuversichtlich, dass die Kommission den am 29. April 2009 zur Entscheidung vorgelegten Umstrukturierungsplan, ggf. mit Änderungen, genehmigen wird.

Der Umstrukturierungsplan zielt einerseits darauf ab sicherzustellen, dass die Bank künftig voraussichtlich ohne staatliche Beihilfen am Markt erfolgreich ist, andererseits darauf, die durch die Gewährung der Beihilfen entstandenen Wettbewerbsverzerrungen dadurch auszugleichen, dass sich die Bank auch von profitablen Geschäftsaktivitäten trennt. Damit führt die Umstrukturierung auch dazu, dass der Bank Ertragsquellen wegfallen. Mit der Umsetzung des Umstrukturierungsplans wurde teilweise bereits begonnen.

Insbesondere ist zu erwarten, dass die Bank Geschäftsfelder (oder Teile davon) sowie – strategische und nicht-strategische – Konzerngesellschaften (einschließlich konzernstrategischer Beteiligungen) veräußern müssen. Damit führt die Umstrukturierung auch dazu, dass der Bank Ertragsquellen wegfallen. Mit der Umsetzung des Umstrukturierungsplans wurde teilweise bereits begonnen.

Darüber hinaus könnte ein Kontrollwechsel hinsichtlich der BayernLB Teil der Genehmigung des Umstrukturierungsplans seitens der Kommission sein. In diesem Fall müsste der Freistaat Bayern seine (indirekte) Mehrheitsbeteiligung an der BayernLB veräußern – sei es im Wege eines Verkaufs, sei es im Wege einer Verschmelzung.

### **Risiko einer Herabstufung des Ratings**

Die BayernLB ist generell dem Risiko ausgesetzt, dass die Bonitätseinstufungen („Ratings“), die ihr von den Ratingagenturen verliehen werden, herabgesetzt werden können. Derartige Herabstufungen könnten negative Effekte auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank haben und führen üblicherweise zu einer Erhöhung der Refinanzierungskosten. Sie können somit negative Auswirkungen auf die Liquiditäts-, Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Bank haben.

## **2. Risikofaktoren in Bezug auf die Zertifikate**

Die Höhe der Zahlung aus den Zertifikaten ist abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts. Basiswert ist vorliegend eine Aktie, wie in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen spezifiziert.

Die Zertifikate sind unverzinslich.

Diese Ausgestaltung ist mit den folgenden Risiken verbunden:

### ***Allgemeines Renditerisiko aufgrund der Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts***

Die Kursentwicklung der Aktie ist bestimmt durch gesamtwirtschaftliche Faktoren wie auch durch unternehmensspezifische Faktoren. Wesentlicher Einfluss- und Risikofaktor ist die Volatilität der Aktie. Unter dem Begriff „Volatilität“ versteht man die Schwankungsbreite bzw. die Kursbeweglichkeit der Aktie.

Die Rendite der Zertifikate lässt sich erst am Ende der Laufzeit bestimmen, da erst dann die Höhe der tatsächlichen Zahlung aus den Zertifikaten bekannt ist. Es besteht das Risiko, dass die Rendite einer Kapitalmarktanlage mit vergleichbarer Laufzeit und marktüblicher Verzinsung nicht erreicht wird.

Neben dem Renditerisiko besteht das Risiko, dass das eingesetzte Kapital nicht in voller Höhe zurückbezahlt wird, wobei jedoch der Rückzahlungsbetrag je Zertifikat am Rückzahlungstag mindestens EUR 100,00 beträgt.

### **Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einer Aktie**

Basiswert ist eine Aktie. Die Kursentwicklung der Aktie lässt sich nicht vorhersagen und ist bestimmt durch gesamtwirtschaftliche Faktoren, zum Beispiel das Zins- und Kursniveau an den Kapitalmärkten, Währungsentwicklungen, politische Gegebenheiten wie auch durch unternehmensspezifische Faktoren wie zum Beispiel Ertragslage, Marktposition, Risikosituation, Aktionärsstruktur und Ausschüttungspolitik.

### **Keine Berücksichtigung von Dividendenzahlungen oder sonstigen Ausschüttungen**

Zu beachten ist, dass Dividendenzahlungen oder sonstige Ausschüttungen auf die den Basiswert bildende Aktie bei der Ermittlung der Höhe des Rückzahlungsbetrags keine Berücksichtigung finden.

### **Marktpreisrisiken infolge der basiswertabhängigen Struktur**

Die Kursentwicklung der Zertifikate ist abhängig von dem Zins- und Kursniveau an den Kapitalmärkten, Währungsentwicklungen, politischen Gegebenheiten und unternehmensspezifischen Faktoren betreffend die Emittentin sowie von der Entwicklung des Basiswerts.

Es gilt bezüglich der Einflussfaktoren auf den Basiswert das oben unter „Allgemeines Renditerisiko aufgrund der Abhängigkeit von der Entwicklung eines Basiswerts“ sowie das unter „Besondere Risiken aufgrund der Abhängigkeit von einer Aktie“ Beschriebene.

Der Anleger kann nicht davon ausgehen, dass er die Zertifikate jederzeit ohne Kapitalverlust veräußern kann.

### **Sonstige Marktpreisrisiken**

Bei den Zertifikaten handelt es sich um neu begebene Wertpapiere. Vor dem Emissionstag gibt es keinen öffentlichen Markt für die Zertifikate. Ab dem Emissionstag beabsichtigt die Emittentin, börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Zertifikate anzukaufen. Die Emittentin übernimmt aber keine Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse.

Obwohl die Zertifikate ab dem in der Wertpapierbeschreibung genannten Termin in den Freiverkehr einbezogen werden sollen, gibt es keine Gewissheit dahingehend, dass sich ein aktiver öffentlicher Markt für diese Wertpapiere entwickeln wird oder dass diese Einbeziehung aufrechterhalten wird.

Bei ungünstiger Entwicklung des Basiswerts, oder falls andere negative Faktoren zum Tragen kommen, kann mangels Nachfrage die Handelbarkeit der Zertifikate eingeschränkt sein. Die Emittentin ist nicht dazu verpflichtet, einen liquiden Markt aufrechtzuerhalten.

Im Falle besonderer Marktsituationen, in denen Sicherungsgeschäfte durch die Emittentin nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich sind, kann es zu vorübergehenden Ausweitungen der Spanne zwischen den von der Emittentin gestellten Kauf- und Verkaufskursen kommen, um die wirtschaftlichen Risiken der Emittentin einzugrenzen.

### **Transaktionskosten, Ausgabeaufschlag**

Provisionen, insbesondere Mindestprovisionen oder feste Provisionen pro Transaktion (Kauf und Verkauf) kombiniert mit einem niedrigen Auftragswert, führen ebenso wie der Ausgabeaufschlag zu Kostenbelastungen, welche die Rendite möglicherweise erheblich verringern bzw. einen Verlust erhöhen.

### ***Risiko aus Anpassungsmaßnahmen***

Während der Laufzeit der Zertifikate können Ereignisse in Bezug auf den Basiswert eintreten, die Anpassungen der in den Zertifikatsbedingungen festgesetzten Parameter und Formeln erforderlich machen.

In diesen Fällen wird die Emittentin entsprechend § 5 der Zertifikatsbedingungen die Anpassungen im billigen Ermessen bzw. entsprechend der Maßgeblichen Terminbörse, unter Wahrung der Interessen der Anleger vornehmen. Naturgemäß ist aber nicht auszuschließen, dass sich die einer Anpassungsmaßnahme zugrunde liegenden Einschätzungen im Nachhinein als unzutreffend erweisen und sich die Anpassungsmaßnahme später als für den Anleger unvorteilhaft herausstellt.

### ***Wiederanlagerisiko bei einem Kündigungsrecht der Emittentin***

Die Emittentin hat im Fall des Vorliegens von Anpassungsereignissen gegebenenfalls ein außerordentliches Kündigungsrecht nach § 5 der Zertifikatsbedingungen. Im Falle der Ausübung des Kündigungsrechts wird die Emittentin die Zertifikate zu einem nach billigem Ermessen bestimmten angemessenen Marktpreis, zurückzahlen. Es besteht dabei ein Wiederanlagerisiko, das heißt ein Risiko, dass der Anleger die vorzeitig zurückerhaltenen Mittel nur zu verschlechterten Konditionen wieder anlegen kann.

### ***Risikoausschließende oder risikoeinschränkende Geschäfte des Anlegers***

Der potenzielle Käufer der Zertifikate kann nicht darauf vertrauen, während der Laufzeit der Zertifikate jederzeit Geschäfte abschließen zu können, durch deren Abschluss er in der Lage ist, seine Risiken im Zusammenhang mit den von ihm gehaltenen Zertifikate auszuschließen. Ob dies möglich ist, hängt von den Marktverhältnissen und von den dem jeweiligen Geschäft zugrunde liegenden Bedingungen ab. Unter Umständen können solche Geschäfte überhaupt nicht oder nur zu einem ungünstigen Marktpreis getätigt werden, so dass ein entsprechender Verlust entstehen kann.

## **3. Risikofaktoren in Bezug auf Interessenkonflikte**

Im Hinblick auf die Emission der Zertifikate bestehen gegenwärtig keine Interessen bzw. Interessenkonflikte bei der Emittentin oder ihren Geschäftsführungsmitgliedern oder mit der Emission befassten Angestellten, die für dieses Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind.

### ***Absicherungsgeschäfte***

Die Emittentin kann zur Absicherung ihrer Positionen aus der Emission von Zertifikaten Absicherungsgeschäfte (so genannte „Hedge-Geschäfte“) vornehmen. Derartige Geschäfte haben nach Ansicht der Emittentin unter normalen Umständen keinen Einfluss auf den Wert des Basiswerts oder derivativer Komponenten auf den Basiswert oder auf Bestandteile des Basiswerts und somit auf den Kurs der Zertifikate selbst. Es kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass der Kurs der Zertifikate durch Absicherungskäufe oder -verkäufe für den Anleger nachteilig beeinflusst wird. In diesem Fall ist es denkbar, dass Interessenkonflikte in der Zukunft auftreten.

### ***Geschäfte über den Basiswert***

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können gegebenenfalls an Geschäften über den Basiswert beteiligt sein, sowohl für eigene Rechnung als auch für Rechnung von durch sie verwalteten Vermögen. Diese Geschäfte können Auswirkungen auf den Kurs des Basiswerts und den Kurs der Zertifikate selbst haben.

### **Emission weiterer derivativer Instrumente**

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können weitere derivative Instrumente auf den Basiswert ausgeben; die Einführung solcher Produkte kann sich auf den Kurs der Zertifikate auswirken.

### **Ausgabepreis**

Im Ausgabepreis für die Zertifikate kann, gegebenenfalls zusätzlich zu festgesetzten Ausgabeaufschlägen oder anderen Entgelten, ein für den Anleger nicht erkennbarer Aufschlag auf den ursprünglichen „fairen Wert“ der Zertifikate enthalten sein. Diese Strukturierungsgebühr wird von der Emittentin nach ihrem freien Ermessen festgesetzt und kann sich von den Aufschlägen unterscheiden, die andere Emittenten für vergleichbare Wertpapiere erheben.

### **Handeln als Market-Maker für die Zertifikate**

Die Emittentin, oder eine von ihr beauftragte Stelle, kann für die Zertifikate als Market-Maker auftreten. Durch ein solches „Market-Making“ wird die Emittentin oder die beauftragte Stelle den Kurs der Zertifikate maßgeblich selbst bestimmen. Dabei werden die von dem Market-Maker gestellten Kurse normalerweise nicht den Kursen entsprechen, die sich ohne solches Market-Making und in einem liquiden Markt gebildet hätten.

Zu den Umständen, auf deren Grundlage der Market-Maker im Sekundärmarkt die gestellten Geld- und Briefkurse festlegt, gehören insbesondere der faire Wert der Zertifikate, der unter anderem vom Wert des Basiswerts abhängt, sowie die vom Market-Maker angestrebte Spanne zwischen Geld- und Briefkursen.

Die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen setzt der Market-Maker abhängig von Angebot und Nachfrage für die Zertifikate und bestimmten Markteinschätzungen fest. Berücksichtigt wird darüber hinaus ein für die Zertifikate ursprünglich erhobener Ausgabeaufschlag.

Einfluss auf die Preisstellung im Sekundärmarkt haben des Weiteren beispielsweise im Ausgabepreis für die Zertifikate enthaltene Strukturierungsgebühr und die für den Basiswert oder dessen Bestandteile gezahlten oder erwarteten Dividenden oder sonstigen Erträge, wenn diese nach der Ausgestaltung der Wertpapiere wirtschaftlich der Emittentin zustehen.

Bestimmte Kosten, wie beispielsweise erhobene Verwaltungsentgelte, werden bei der Preisstellung vielfach nicht gleichmäßig verteilt über die Laufzeit der Zertifikate (*pro rata temporis*) preismindernd in Abzug gebracht, sondern bereits zu einem im Ermessen des Market-Maker stehenden früheren Zeitpunkt vollständig vom fairen Wert der Zertifikate abgezogen. Entsprechendes gilt für im Ausgabepreis für die Zertifikate gegebenenfalls enthaltene Strukturierungsgebühr sowie für Dividenden und sonstige Erträge des Basiswerts, die nach der Ausgestaltung der Zertifikate wirtschaftlich der Emittentin zustehen. Diese werden oft nicht erst dann preismindernd in Abzug gebracht, wenn der Basiswert oder dessen Bestandteile "ex-Dividende" gehandelt werden, sondern bereits zu einem früheren Zeitpunkt der Laufzeit, und zwar auf Grundlage der für die gesamte Laufzeit oder einen bestimmten Zeitabschnitt erwarteten Dividenden. Die Geschwindigkeit dieses Abzugs hängt dabei unter anderem von der Höhe etwaiger Netto-Rückflüsse der Zertifikate an den Market-Maker ab.

Die von dem Market-Maker gestellten Kurse können dementsprechend von dem fairen bzw. dem aufgrund der oben genannten Faktoren wirtschaftlich zu erwartenden Wert der Zertifikate zum jeweiligen Zeitpunkt abweichen. Darüber hinaus kann der Market-Maker die Methodik, nach der er die gestellten Kurse festsetzt, jederzeit abändern, z.B. die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen vergrößern oder verringern.

### ***Emittentin als Konsortialmitglied für Emittenten von Aktien***

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können in Verbindung mit künftigen Angeboten des Basiswerts auch als Konsortialmitglieder fungieren oder als Finanzberater des Emittenten solcher Aktien oder als Geschäftsbank für den Emittenten solcher Aktien fungieren. Tätigkeiten der genannten Art können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen.

### ***Erhalt von nicht-öffentlichen Informationen***

Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen können nicht-öffentliche Informationen über den Basiswert erhalten, zu deren Offenlegung gegenüber den Zertifikatsinhabern die Emittentin oder mit ihr verbundene Unternehmen nicht verpflichtet sind. Weiterhin können ein oder mehrere verbundene Unternehmen der Emittentin Research zu den Basiswert veröffentlichen. Derartige Tätigkeiten können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Kurs der Zertifikate auswirken.

### ***Beratung durch die Hausbank***

**Der Basisprospekt und die Endgültigen Bedingungen ersetzen nicht die vor der Kaufentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch den Anlageberater. Aufgrund der gegenüber anderen Anlageformen erheblich erhöhten Risiken eignen sich die Zertifikate nur für Anleger, die sich dieser speziellen Risiken bewusst sind.**

## II. Wertpapierbeschreibung

Die Wertpapierbeschreibung beinhaltet eine Beschreibung der Ausgestaltung der Zertifikate, die in den Zertifikatsbedingungen verbindlich geregelt ist. Die Zertifikatsbedingungen enthalten insbesondere Definitionen zu den in der Wertpapierbeschreibung verwendeten Begriffen. Im Hinblick auf das den Zertifikatsinhabern gemäß § 1 Absatz (1) der Zertifikatsbedingungen zustehende Zertifikatsrecht ist zu beachten, dass die Zertifikatsbedingungen alleine maßgeblich sind.

### 1. Gegenstand

Die Zertifikate zeichnen sich dadurch aus, dass die Höhe der Zahlung aus den Zertifikaten abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts ist. Basiswert ist vorliegend eine Aktie. Die Zertifikate haben keinen Nennwert. Die Zertifikate sind unverzinslich. Der Rückzahlungsbetrag je Zertifikat beträgt mindestens EUR 100,00.

### 2. Angaben über die anzubietenden Wertpapiere

#### *Typ und Kategorie der Wertpapiere*

Bei den unter diesem Basisprospekt anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Zertifikate handelt es sich um Wertpapiere im Sinne des § 2 Nr. 1a WpPG bzw. um Nichtdividendenwerte im Sinne des Art. 22 Abs. 6 Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004, die im Rahmen eines Angebotsprogramms nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 2 Nr. 5 WpPG begeben werden. Der ISIN Code und die WKN sind für die Zertifikate auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Zertifikate stellen Inhaberschuldverschreibungen im Sinn der §§ 793 ff. Bürgerliches Gesetzbuch dar.

#### *Anwendbares Recht*

Form und Inhalt der Zertifikate sowie die Rechte und Pflichten der Zertifikatsinhaber und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.

#### *Verbriefung*

Die Zertifikate sind in einer Globalurkunde ohne Zinsschein verbrieft, die bei der

Clearstream Banking AG  
Neue Börsenstraße 1  
60487 Frankfurt am Main

(nachstehend „CBF“ genannt) hinterlegt ist. Die Lieferung effektiver Einzelurkunden kann während der gesamten Laufzeit nicht verlangt werden. Die Zertifikate sind als Miteigentumsanteile an der Globalurkunde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Regeln der CBF und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland der Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, und der Euroclear Bank, S.A./N.V., Brüssel, übertragbar. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten der Emittentin.

## **Währung**

Die Zertifikate werden in Euro begeben.

## **Status und Rang**

Die Zertifikate stellen unmittelbare, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen unbesicherten, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die aufgrund Gesetzes Vorrang genießen.

## **Rechte in Zusammenhang mit den Wertpapieren**

Die Rechte in Zusammenhang mit den Zertifikaten und ihre Ausübung bestimmen sich nach den Zertifikatsbedingungen. Jedes Zertifikat gewährt seinem Inhaber das in § 1 Absatz (1) der Zertifikatsbedingungen definierte Zertifikatsrecht.

Die Zertifikate sind für die Emittentin, vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung der Emittentin nach § 5 der Zertifikatsbedingungen, und für die Zertifikatsinhaber unkündbar.

## **Struktur der Zertifikate**

Die Höhe des Rückzahlungsbetrags ist abhängig von der Entwicklung eines Basiswerts, vorliegend einer Aktie.

Als Berechnungsstelle fungiert die Bayerische Landesbank, Brienner Straße 18, D-80333 München.

Der Basiswert sowie die weiteren Parameter zur Errechnung des Rückzahlungsbetrags sind in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen festgelegt. Die Definitionen zu den in der Wertpapierbeschreibung verwendeten Begriffen sind in § 2 der Zertifikatsbedingungen enthalten.

Der Ausgabepreis je Zertifikat beträgt 100,00 Euro („EUR“) zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von 1,00 EUR.

Startkurs ist der Schlusskurs der Aktie am 06.11.2009.

Das Bezugsverhältnis errechnet sich wie folgt (als Bruch dargestellt):

$$\text{Bezugsverhältnis} = \frac{\text{EUR 100,00}}{\text{Startkurs}} .$$

Die Höhe des Rückzahlungsbetrags („R“) je Zertifikat hängt wie folgt von der Kursentwicklung des Basiswerts, vorliegend einer Aktie, ab:

Liegt der Feststellungskurs der Aktie unter dem Garantie-Level, so erfolgt die Rückzahlung je Zertifikat zum Garantielevel multipliziert mit dem Bezugsverhältnis. Da der Garantielevel 100 % des Startkurses beträgt, erfolgt die Rückzahlung in diesem Fall zu EUR 100,00 je Zertifikat. Rechnerisch lässt sich dies wie folgt darstellen:

$$R = \text{Garantie-Level} \times \text{Bezugsverhältnis} = \frac{100 \% \times \text{Startkurs} \times \text{EUR 100,00}}{\text{Startkurs}} = \text{EUR 100,00}$$

Ist der Feststellungskurs der Aktie gleich dem Garantie-Level oder liegt er über dem Garantie-Level, aber unter dem Höchstbetrags-Level von 133 % des Startkurses, so erfolgt die Rückzahlung je Zertifikat zum Feststellungskurs multipliziert mit dem Bezugsverhältnis. Der Rückzahlungsbetrag wird in diesem Fall zwischen EUR 100,00 und EUR 133,00 je Zertifikat liegen. Rechnerisch lässt sich dies wie folgt darstellen:

$$R = \text{Feststellungskurs} \times \text{Bezugsverhältnis} = \frac{\text{Feststellungskurs} \times \text{EUR } 100,00}{\text{Startkurs}}$$

Ist der Feststellungskurs der Aktie gleich dem Höchstbetrags-Level oder liegt er darüber, so erfolgt die Rückzahlung je Zertifikat zum Höchstbetrags-Level multipliziert mit dem Bezugsverhältnis, also zu EUR 133,00 je Zertifikat. Rechnerisch lässt sich das wie folgt darstellen:

$$R = \text{Höchstbetrags-Level} \times \text{Bezugsverhältnis} = \frac{133 \% \times \text{Startkurs} \times \text{EUR } 100,00}{\text{Startkurs}} = \text{EUR } 133,00$$

Somit ist eine Mindestrückzahlung je Zertifikat in Höhe von EUR 100,00 garantiert. Der maximale Rückzahlungsbetrag je Zertifikat beträgt EUR 133,00.

Die Rückzahlung der Zertifikate erfolgt vorbehaltlich einer Marktstörung gemäß § 6 der Zertifikatsbedingungen am 21.11.2014.

Die Ansprüche der Zertifikatsinhaber aus dem Zertifikatsrecht unterliegen der regelmäßigen Verjährungsfrist gemäß § 195 BGB von drei Jahren.

### ***Renditeüberlegungen***

Für die Berechnung der individuellen Rendite über die Gesamtlaufzeit hat der Anleger die Differenz zwischen dem ursprünglich gezahlten Preis und dem Rückzahlungsbetrag, die Laufzeit der Zertifikate, sowie die individuellen Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Da – vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung seitens der Emittentin - erst am Rückzahlungstag der Rückzahlungsbetrag feststeht, lässt sich die Rendite der Zertifikate erst zu diesem Zeitpunkt ermitteln.

Die maximal erzielbare Rendite bei Rückzahlung der Zertifikate zum Höchstbetragslevel beträgt 5,63 % p.a..

Es werden keine Zinsen auf die Zertifikate gezahlt.

### ***Ermächtigung***

Die Zertifikate werden aufgrund einer Rahmenermächtigung basierend auf dem Vorstandsbeschluss vom 1.10.2002 begeben.

### ***Emissionstag***

Der Emissionstag ist auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen angegeben.

### **3. Angaben über den zu Grunde liegenden Basiswert**

Basiswert für die Zertifikate ist der in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen aufgeführte Basiswert.

#### ***Erläuterung zu dem Basiswert***

Nähere Informationen zur Aktie, insbesondere zur ISIN und zur Maßgeblichen Börse sind in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen zu entnehmen. Informationen über die vergangene und zukünftige Wertentwicklung der Aktie können unter [www.onvista.de](http://www.onvista.de) eingeholt werden. Diese Internetseite ist unbeschränkt zugänglich.

#### ***Anpassungsregelungen***

Für den Fall, dass während der Laufzeit der Zertifikate Anpassungsmaßnahmen bezüglich des Basiswerts erforderlich sind, sehen die Zertifikatsbedingungen entsprechende Regelungen vor, gegebenenfalls besteht nach dieser Vorschrift ein außerordentliches Kündigungsrecht der Emittentin.

#### ***Fehlende Kursfeststellung, Marktstörung***

Für den Fall, dass am Starttag oder am Feststellungstag eine Marktstörung vorliegt oder aus anderen Gründen keine Kursfeststellung oder Kursveröffentlichung für den Basiswert stattfindet, sehen die Zertifikatsbedingungen entsprechende Regelungen vor. Erforderlichenfalls verschiebt sich der Rückzahlungstag, ohne dass aufgrund dieser Verschiebung Zinsen oder sonstige Zahlungen zu leisten sind.

### **4. Bedingungen für das Angebot**

#### ***Bedingungen***

Die Gesamtstückzahl der angebotenen Zertifikate wird in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen angegeben.

Die Zertifikate werden vom 19. Oktober 2009 bis zum 06. November 2009, 12:00 Uhr, zur Zeichnung angeboten. Ein Höchstbetrag für die Zeichnung besteht nicht. Das Mindestzeichnungsvolumen beträgt ein Zertifikat.

Die Emittentin behält sich vor, die Zeichnungsfrist vorzeitig zu beenden, wenn entweder Zeichnungen in Höhe des Gesamtvolumens der Zertifikate vorliegen, oder wenn sich das Marktumfeld während der Zeichnungsfrist gravierend verändert.

Am Emissionstag werden die Zertifikate über das Clearing-System der CBF auf das Konto der das Anlegerdepot führenden Bank übertragen.

Soweit das Volumen des Zeichnungsangebots während der Zeichnungsfrist nicht ausgeschöpft wird, werden die Zertifikate nach dem Emissionstag weiter angeboten.

### **Preisfestsetzung**

Der Ausgabepreis für die Zertifikate während der Zeichnung ist der in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen angegebene Ausgabepreis, zuzüglich eines Ausgabeaufschlags in Höhe von EUR 1,00 je Zertifikat.

Danach wird der Verkaufspreis laufend an die Marktbedingungen angepasst.

Der Ausgabepreis bzw. der Verkaufspreis spiegeln den „fairen Wert“ der Zertifikate im Zeitpunkt der Begebung, unter Berücksichtigung der internen Kosten und gegebenenfalls sonstiger Entgelte sowie des Ausgabeaufschlags wider.

Der „faire Wert“ der Zertifikate wird auf Basis des von der Emittentin jeweils verwendeten Preisfindungsmodells berechnet und hängt dabei neben dem Wert des Basiswerts auch von anderen veränderlichen Parametern ab. Zu den anderen Parametern können unter anderem derivative Komponenten, Zinssätze, die Volatilität des Basiswerts und die Angebots- und Nachfragesituation für Absicherungsinstrumente (so genannte „Hedging-Instrumente“) gehören. Die Preisfindungsmodelle werden von der Emittentin nach deren eigenem Ermessen festgesetzt und können von Preisfindungsmodellen abweichen, die andere Emittentinnen für die Berechnung vergleichbarer Wertpapiere heranziehen.

Bei der Kalkulation ihrer Strukturierungsgebühr berücksichtigt die Emittentin neben Ertragsgesichtspunkten unter anderem auch Kosten für die Risikoabsicherung und Risikonahme, die Strukturierung und den Vertrieb der Zertifikate sowie gegebenenfalls Lizenzgebühren. In der Strukturierungsgebühr können auch Kosten und Provisionen enthalten sein, die im Zusammenhang mit Leistungen bei einer Platzierung der Zertifikate an Dritte gezahlt werden. Die Strukturierungsgebühr wird von der Emittentin nach ihrem eigenen Ermessen festgesetzt und kann von Strukturierungsgebühren abweichen, die andere Emittentinnen bei vergleichbaren Wertpapieren vereinnahmen.

Gegebenenfalls erhobene sonstige Entgelte oder Verwaltungsvergütungen können außer für die Abdeckung eigener Kosten auch dazu verwendet werden, Kosten für Aufwendungen zu decken, die die Emittentin für Leistungen Dritter aufzuwenden hat. Daneben spielen auch hier Ertragsgesichtspunkte eine Rolle.

Die Emittentin gewährt den Vertriebspartnern für die Zertifikate Zuwendungen in Form einer Vertriebsbonifikation. Diese ist im Preis der Zertifikate enthalten. Weitere Informationen sind bei dem jeweiligen Vertriebspartner erhältlich.

### **Platzierung**

Die Zertifikate können bei allen Banken und Sparkassen bezogen werden.

Als Zahlstelle fungiert die Bayerische Landesbank, Brienner Straße 18, D-80333 München. Für die Zertifikate wird es keine Zahlstelle außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geben.

## **5. Zulassung zum Handel**

Eine Zulassung der Zertifikate zum regulierten Markt ist nicht beabsichtigt.

Die Einführung in den Freiverkehr an der Börse Stuttgart (EUWAX) ab 11.11.2009 wird beantragt. Die Bayerische Landesbank beabsichtigt aber, schon vor der Einführung der Zertifikate in den Freiverkehr börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Zertifikate anzukaufen.

# III. Zertifikatsbedingungen

## 1. Zertifikatsbedingungen für Zertifikate mit Laufzeitbegrenzung

Ergänzende Angaben zur Serie von Zertifikaten befinden sich in Annex 1 zu den Zertifikatsbedingungen; Annex 1 ist Bestandteil der Zertifikatsbedingungen.

### § 1 (Zertifikatsrecht, Form)

- (1) Die Bayerische Landesbank (nachstehend die „Emittentin“ genannt) begibt die in Annex 1 angegebene Serie von Zertifikaten (die „Zertifikate“), die jeweils auf den Inhaber lauten und untereinander gleichberechtigt sind.
- (2) Jedes Zertifikat verbrieft das in § 3 Absatz (1) festgelegte Recht, von der Emittentin am Rückzahlungstag die Rückzahlung der Zertifikate zu einem sich gemäß § 3 Absatz (2) errechnenden Rückzahlungsbetrag zu verlangen (das „Zertifikatsrecht“).
- (3) Die Zertifikate sind für die Emittentin, vorbehaltlich einer außerordentlichen Kündigung der Emittentin nach § 5, und für die Zertifikatsinhaber unkündbar.
- (4) Die Zertifikate sind durch eine Globalurkunde (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main (nachstehend „CBF“ genannt), hinterlegt ist. Ein Anspruch der Inhaber der Zertifikate (die „Zertifikatsinhaber“) auf Lieferung effektiver Zertifikate ist ausgeschlossen. Den Zertifikatsinhabern stehen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde zu, die gemäß den Bestimmungen und Regeln der CBF und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland der Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, und der Euroclear Bank S.A./N.V., Brüssel, übertragen werden können. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten der Emittentin.
- (5) Eine Verzinsung der Zertifikate oder eine sonstige Ausschüttung erfolgt nicht.

### § 2 (Definitionen)

- (1) Es gelten für die Zertifikate die nachfolgenden allgemeinen Definitionen:

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem das Abwicklungssystem TARGET2 betriebsbereit ist.

„Bezugsverhältnis“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5, das in Annex 1 bestimmte Bezugsverhältnis zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrags.

„Rückzahlungstag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 6 Absatz (1), der in Annex 1 genannte Rückzahlungstag.
- (2) Es gelten im Hinblick auf den Basiswert der Zertifikate die folgenden besonderen Definitionen:

„Basiswert“ ist der Referenzwert, in der Form wie dieser für die Berechnung des Rückzahlungsbetrags relevant ist.

„Börsengeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem für den Referenzwert an der Maßgeblichen Börse und der Maßgeblichen Terminbörse ein Börsenhandel stattfindet.

„Feststellungskurs“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5 oder der Ermittlung eines Ersatzpreises gemäß § 6 der Schlusskurs der Aktie im Maßgeblichen Handelssystem an der Maßgeblichen Börse an dem Feststellungstag.

„Feststellungstag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 6, der in Annex 1 angegebene Feststellungstag. Falls der Feststellungstag kein Börsengeschäftstag, verschiebt sich der Feststellungstag auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag, der Börsengeschäftstag ist.

„Garantie-Level“ ist vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5 der in Annex 1 angegebene Garantie-Level zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrags.

„Höchstbetrags-Level“ ist vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5 der in Annex 1 angegebene Höchstbetrags-Level zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrags.

„Maßgebliche Börse“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5, die in Annex 1 für die Aktie bestimmte Maßgebliche Börse.

„Maßgebliches Handelssystem“ ist das in Annex 1 für die Aktie bestimmte Handelssystem. Sofern dieses nicht angegeben ist, kommt es alleine auf die Maßgebliche Börse an.

„Maßgebliche Terminbörse“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5, die in Annex 1 für die Aktie bestimmte Terminbörse.

„Referenzwert“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5, die in Annex 1 genannte Aktie (auch die „Aktie“).

„Startkurs“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5 oder der Ermittlung eines Ersatzpreises gemäß § 6, der Schlusskurs der Aktie im Maßgeblichen Handelssystem an der Maßgeblichen Börse am Starttag. Der Startkurs wird unverzüglich nach seiner Feststellung nach § 8 veröffentlicht.

„Starttag“ ist, vorbehaltlich einer Verschiebung im Fall einer Marktstörung gemäß § 6, der in Annex 1 angegebene Starttag. Falls der Starttag kein Börsengeschäftstag ist, tritt an seine Stelle der nächstfolgende Bankgeschäftstag, der Börsengeschäftstag ist.

### § 3 (Rückzahlung)

- (1) Die Zertifikate werden am Rückzahlungstag von der Emittentin gemäß Absatz (2) an die Zertifikatsinhaber zurückgezahlt.
- (2) Der Rückzahlungsbetrag wird wie folgt ermittelt:
  - (a) liegt der Feststellungskurs der Aktie unter dem Garantie-Level, so erfolgt die Rückzahlung je Zertifikat zum Garantie-Level multipliziert mit dem Bezugsverhältnis;
  - (b) ist der Feststellungskurs der Aktie gleich dem Garantie-Level, oder liegt er über dem Garantie-Level, aber unter dem Höchstbetrags-Level, so erfolgt die Rückzahlung je Zertifikat zum Feststellungskurs multipliziert mit dem Bezugsverhältnis.
  - (c) ist der Feststellungskurs der Aktie gleich dem Höchstbetrags-Level oder liegt er über dem Höchstbetrags-Level, so erfolgt die Rückzahlung je Zertifikat zum Höchstbetrags-Level multipliziert mit dem Bezugsverhältnis.

#### § 4 (Zahlungen)

- (1) Die Emittentin verpflichtet sich, alle Zahlungen bzw. Lieferungen auf die Zertifikate bei Fälligkeit in Euro über die CBF zu leisten. Vorbehaltlich von Absatz (4), erfolgt die Zahlung des Rückzahlungsbetrags am Rückzahlungstag. Die Lieferung effektiver Stücke ist ausgeschlossen.
- (2) Sofern es die Emittentin, gleich aus welchem Grund unterlässt, die Rückzahlung in voller Höhe an die CBF zu erbringen, werden die Zertifikate ab Fälligkeit zum gesetzlichen Zinssatz so lange verzinst, bis die Rückzahlung an die CBF erfolgt ist, soweit gesetzlich oder in den Zertifikatsbedingungen nichts anderes vorgesehen ist.
- (3) Zahlungen an die CBF befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlung von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Zertifikatsinhabern.
- (4) Wenn der Rückzahlungstag kein Bankgeschäftstag ist, so erfolgt die Zahlung am nächsten darauf folgenden Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf zusätzliche Zinsen und sonstige Zahlungen besteht.

#### § 5

##### (Anpassungen, Kündigung der Zertifikate durch die Emittentin)

(1) Im Falle des Eintretens einer der nachfolgend beschriebenen Maßnahmen oder Vorgänge in dem Basiswert (im Folgenden auch „Anpassungsereignis“ genannt):

(a) Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen unter Gewährung eines Bezugsrechts, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Ausgabe von Wertpapieren mit Options- oder Wandelrechten auf Aktien, Ausschüttung von Sonderdividenden, Aktiensplit, Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der Aktien des Basiswerts,

(b) Ausgliederung eines Unternehmensteils der Gesellschaft in der Weise, daß ein neues selbständiges Unternehmen entsteht, oder der Unternehmensteil von einem dritten Unternehmen aufgenommen wird,

(c) endgültige Einstellung des Börsenhandels in den Aktien des Basiswerts aufgrund einer Verschmelzung durch Aufnahme oder Neugründung oder aus einem sonstigen Grund oder

(d) aus einem anderen sonstigen wichtigen Grund, der in seinen Auswirkungen den genannten Gründen wirtschaftlich vergleichbar ist, insbesondere einen verwässernden oder werterhöhenden Einfluß auf den theoretischen, inneren Wert der Aktien des Basiswerts hat,

wird die Emittentin das Zertifikatsrecht in der Weise anpassen, in der an der Maßgeblichen Terminbörse entsprechende Anpassungen für dort gehandelte Optionskontrakte auf die Aktie erfolgen, sofern der Stichtag für das Anpassungsereignis vor dem Feststellungstag liegt bzw. auf diesen fällt. „Stichtag“ ist der erste Handelstag an der Maßgeblichen Terminbörse, an dem die Optionskontrakte unter Berücksichtigung der Anpassung gehandelt werden. Sollte dies nicht möglich oder unpraktikabel sein, wird die Emittentin – ggf. nach Beratung mit einem von der Emittentin zu bestimmenden unabhängigen Sachverständigen - Anpassungsmaßnahmen im billigen Ermessen gemäß § 315 BGB vornehmen.

(2) Die in Absatz (1) genannte Aufzählung ist nicht abschließend. Entscheidend ist, ob sich die Maßgebliche Terminbörse zu einer Anpassung des Basispreises, der Kontraktgröße, des Basiswerts oder der Bezugnahme der für die Bestimmung des Kurses der Aktien Maßgeblichen Börse veranlaßt sieht. Entstehen in diesem Falle Zweifelsfragen bei der Anwendung der Anpassungsregeln der Maßgeblichen Terminbörse, so entscheidet die Emittentin über diese

Fragen – ggf. nach Beratung mit einem von der Emittentin zu bestimmenden unabhängigen Sachverständigen – nach ihrem billigen Ermessen. Die Emittentin wird sich dabei – soweit rechtlich und tatsächlich möglich – um die wirtschaftliche Gleichstellung des Gläubigers vor und nach dem Anpassungsereignis bemühen.

(3) Die Emittentin ist berechtigt, von den durch die Maßgebliche Terminbörse vorgenommenen Anpassungen abzuweichen, sofern sie dies für erforderlich hält. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen nach den Absätzen (1)(b) und (c). Unabhängig davon, ob und welche Anpassungen zu welchem Zeitpunkt an der Maßgeblichen Terminbörse erfolgen, kann die Emittentin Anpassungen vornehmen, die dem Ziel dienen, die Zertifikatsinhaber wirtschaftlich soweit wie möglich so zu stellen, wie sie vor den Maßnahmen nach Absatz (1) standen.

Derartige Anpassungen können sich insbesondere auf das Bezugsverhältnis, den Startkurs, den Feststellungskurs sowie darauf beziehen, daß gegebenenfalls eine andere Börse als neue Maßgebliche Börse bzw. Maßgebliche Terminbörse bestimmt wird.

(4) Ist nach Ansicht der Emittentin eine sachgerechte Anpassung, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, ist die Emittentin berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Zertifikate vorzeitig durch Bekanntmachung gemäß § 8 unter Angabe des nachstehend definierten Kündigungsbetrags zu kündigen. Die Kündigung wird wirksam mit dem Zeitpunkt der Bekanntmachung gemäß § 8 (der „Kündigungstag“). Im Falle einer Kündigung zahlt die Emittentin an jeden Zertifikatsinhaber innerhalb von acht Bankgeschäftstagen nach dem Kündigungstag einen Betrag je Zertifikat (der „Kündigungsbetrag“), der von der Emittentin nach billigem Ermessen – ggf. unter Heranziehung eines unabhängigen Sachverständigen – gemäß § 315 BGB als angemessener Marktpreis eines Zertifikats berechnet wird. Die Rechte aus diesen Zertifikaten erlöschen mit Zahlung des Kündigungsbetrags.

(5) Anpassungen und Festlegungen nach den vorstehenden Absätzen werden durch die Emittentin gemäß § 315 BGB im billigen Ermessen vorgenommen und sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend. Die Emittentin haftet dafür, daß sie im Zusammenhang mit diesen Zertifikaten Festlegungen und Anpassungen vornimmt, nicht vornimmt oder sonstige Maßnahmen trifft oder unterläßt, nur, wenn und soweit sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verletzt hat. Die Anpassungen und Festlegungen sowie der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens werden durch die Emittentin nach § 8 bekanntgemacht.

## § 6

### (Marktstörung)

(1) Wenn nach Auffassung der Emittentin am Starttag bzw. am Feststellungstag an dem für die Feststellung des Startkurses bzw. Feststellungskurses relevanten Zeitpunkt bzw. innerhalb einer Stunde davor eine Marktstörung gemäß Absatz (3) eintritt oder vorliegt oder aus anderen Gründen keine Kursfeststellung oder Kursveröffentlichung für den Referenzwert stattfindet, so gilt als Starttag bzw. Feststellungstag der nächstfolgende Börsengeschäftstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt. Bei einer Verschiebung des Feststellungstags verschiebt sich der darauffolgende Rückzahlungstag entsprechend, ohne dass aufgrund dieser Verschiebung Zinsen oder sonstige Zahlungen zu leisten sind.

(2) Wenn der Starttag bzw. der Feststellungstag aufgrund der Bestimmungen von Absatz (1) um acht Bankgeschäftstage verschoben worden ist und auch an diesem Tag die Marktstörung fortbesteht, wird die Emittentin einen „Ersatzpreis“ für den Referenzwert ermitteln.

„Ersatzpreis“ ist der von der Emittentin nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB, unter Berücksichtigung der an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten – ggf. unter Hinzuziehung eines unabhängigen Sachverständigen – bestimmte Preis des Referenzwerts.

(3) Eine „Marktstörung“ bedeutet die vorübergehende Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels

- (i) an der Maßgeblichen Börse allgemein oder
- (ii) in dem Basiswert an der Maßgeblichen Börse oder
- (iii) in einem Termin- oder Optionskontrakt in Bezug auf die Aktie an der Maßgeblichen Terminbörse,

sofern diese Aussetzung oder Einschränkung nach billigem Ermessen der Emittentin für die Bewertung der Zertifikate bzw. für die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Zertifikaten durch die Emittentin wesentlich ist. Eine Beschränkung der Stunden oder Anzahl der Tage, an denen ein Handel stattfindet, gilt nicht als Marktstörung, sofern die Einschränkung auf einer vorher angekündigten Änderung der betreffenden Börse beruht.

## § 7 (Status)

Die Zertifikate stellen unmittelbare, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin dar und haben den gleichen Rang wie alle anderen unbesicherten, nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die aufgrund Gesetzes Vorrang genießen.

## § 8 (Bekanntmachungen)

Alle die Zertifikate betreffenden Mitteilungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, in einem deutschen Börsenpflichtblatt, oder, falls dies nicht möglich oder unpraktikabel sein sollte, auf eine andere von der Emittentin als geeignet angesehene Weise veröffentlicht

## § 9 (Begebung weiterer Zertifikate, Rückkauf)

- (1) Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Zertifikatsinhaber weitere Zertifikate mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Zertifikaten zusammengefasst werden, einheitliche Zertifikate bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Zertifikate“ umfasst im Falle einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Zertifikate.
- (2) Die Emittentin hat jederzeit während der Laufzeit der Zertifikate das Recht, nicht jedoch die Verpflichtung, Zertifikate zurückzukaufen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Zertifikatsinhaber davon zu unterrichten. Die zurück erworbenen Zertifikate können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.

## § 10 (Schlussbestimmungen)

- (1) Form und Inhalt der Zertifikate sowie sämtliche Rechte und Pflichten der Zertifikatsinhaber und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Sollte eine der Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen wirksam. Unwirksame Bestimmungen sollen in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Zertifikatsbedingungen ersetzt werden.
- (3) Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Zertifikatsbedingungen (i) offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder ähnliche offenbare Unrichtigkeiten sowie (ii) widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen ohne Zustimmung der Zertifikatsinhaber zu berichtigen bzw. zu

ergänzen, wobei in den unter (ii) genannten Fällen nur solche Berichtigungen bzw. Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Zertifikatsinhaber zumutbar sind, das heißt deren finanzielle Situation nicht wesentlich erschweren.

- (4) Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.
- (5) Gerichtsstand ist München.

## Annex 1

Gesamtstückzahl	WKN/ISIN der Zertifikate	Basiswert = Referenzwert / ISIN des Referenzwerts	Ausgabepreis je Zertifikat	Bezugsverhältnis (als Bruch dargestellt)	Maßgebliche Börse / Maßgebliches Handelssystem/ Maßgebliche Terminbörse	Starttag / Feststellungstag/ Rückzahlungstag	Garantie- Level / Höchstbetrags-Level
500.000	BLB5LS / DE000BLB5LS9	BASF SE/ DE0005151005	EUR 100,00	EUR 100 : Startkurs	Xetra / Eurex	06.11.2009 / 14.11.2014 / 21.11.2014	100 % des Startkurses / 133 % des Startkurses

## IV. Besteuerung

*Die in diesem Abschnitt enthaltenen Informationen stellen lediglich eine unverbindliche Information des Anlegers dar. Keinesfalls erteilt die Emittentin oder die Anbieterin dem Anleger mit dieser Information steuerliche Beratung. Vielmehr ersetzt dieser Hinweis nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch einen Steuerberater.*

Der folgende Abschnitt enthält eine Kurzdarstellung bestimmter steuerlicher Aspekte im Zusammenhang mit den Zertifikaten in Deutschland und in der Republik Österreich. Es handelt sich keinesfalls um eine vollständige Darstellung aller steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung oder der Rückzahlung der Anleihe, sondern nur um bestimmte Teilaspekte. Weiterhin werden die Steuervorschriften anderer Staaten als der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich und die individuellen Umstände der Anleger nicht berücksichtigt. In bestimmten Situationen oder für bestimmte Anleger können Ausnahmen von der hier dargestellten Rechtslage zur Anwendung kommen.

Diese Darstellung beruht auf der zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospekts geltenden deutschen und österreichischen Rechtslage. Die geltende Rechtslage und deren Auslegung durch die Steuerbehörden können Änderungen unterliegen, unter Umständen auch rückwirkend. Zur steuerlichen Behandlung von innovativen und strukturierten Finanzprodukten existieren sowohl in Deutschland als auch in der Republik Österreich gegenwärtig nur vereinzelte Aussagen der Rechtsprechung und der Finanzverwaltung, die derartige Zertifikate behandeln. Eine von der hier dargestellten Beurteilung abweichende steuerliche Beurteilung durch die Finanzverwaltung, Gerichte oder depotführenden Kreditinstitute kann nicht ausgeschlossen werden.

Potenziellen Anlegern wird empfohlen, zur Erlangung weiterer Informationen über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung oder der Rückzahlung der Anleihe ihre persönlichen steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind auch in der Lage, die besonderen individuellen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Anlegers angemessen zu berücksichtigen.

### 1. EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Am 3. Juni 2003 hat der Europäische Rat sich auf den endgültigen Wortlaut der Richtlinie zur Besteuerung von Zinseinkünften geeinigt (EU-Zinsrichtlinie). Hiernach muss jeder EU-Mitgliedsstaat die jeweils ansässigen Zahlstellen im Sinne der Zinsrichtlinie dazu verpflichten, den zuständigen Behörden des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates Details im Hinblick auf Zinszahlungen an in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ansässige natürliche Person als wirtschaftlichen Eigentümer der Zinsen mitzuteilen. Die zuständige Behörde des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates, in dem die Zahlstelle im Sinne der Zinsrichtlinie ansässig ist, ist verpflichtet, diese Informationen den zuständigen Behörden desjenigen EU-Mitgliedsstaates mitzuteilen, in dem der wirtschaftliche Eigentümer der Zinsen ansässig ist.

Für einen Übergangszeitraum haben Österreich, Belgien und Luxemburg statt des Informationsaustausches zu einem Quellensteuerabzug auf Zinszahlungen im Sinne der Zinsrichtlinie optiert. Hiernach werden in den ersten drei Jahren ab dem erstmaligen Anwendungszeitpunkt der Zinsrichtlinie 15 %, für die darauf folgenden 3 Jahre 20 % und ab dem siebten Jahr 35 % als Quellensteuer einbehalten. Analoge Regelungen gelten u.a. in der Schweiz und in Liechtenstein.

In seiner Sitzung am 7. Juni 2005 hat der Rat der Europäischen Union zugestimmt, dass die Regelungen, die zur Implementierung der EU-Zinsrichtlinie erlassen wurden, von den jeweiligen Mitgliedsstaaten ab dem 1. Juli 2005 angewendet werden sollen.

## **2. Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland**

Die auf die Zertifikate gezahlten Kapitalerträge unterliegen bei einer Zahlung an in Deutschland unbeschränkt einkommen- bzw. Körperschaftsteuerpflichtige Personen grundsätzlich der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und – falls die Zertifikate im Rahmen einer in Deutschland belegenen Betriebsstätte gehalten werden – auch der Gewerbesteuer. In Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind insbesondere Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2009 wurde eine sog. Abgeltungsteuer eingeführt, wodurch Kapitalerträge mit einem einheitlichen Steuersatz in Höhe von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % und ggf. Kirchensteuer besteuert werden (Unternehmensteuerreformgesetz 2008). Von der Abgeltungsteuer erfasst werden auch Veräußerungsgewinne und Gewinne aus Termingeschäften. Das sog. Halbeinkünfteverfahren für Aktien wurde abgeschafft; ebenso wie die bisher für Veräußerungsgeschäfte geltende Haltefrist von einem Jahr.

### ***Besteuerung von im Privatvermögen gehaltenen Zertifikaten***

Sofern die Zertifikate im Privatvermögen eines in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen gehalten werden, sind laufende Kapitalerträge sowie Erträge aus einer Einlösung oder Veräußerung der Zertifikate zu versteuern (Kapitalerträge nach § 20 Einkommensteuergesetz).

Erfolgt der Zufluss der Kapitalerträge aus laufenden Erträgen sowie aus einer Einlösung oder Veräußerung der Zertifikate, so unterliegen diese Erträge der Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) durch die auszahlende Stelle:

Im Falle der Veräußerung der Zertifikate oder Einlösung zum Nennwert ist Bemessungsgrundlage der Unterschied zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen, wenn die Zertifikate von der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle erworben oder veräußert und seitdem verwahrt oder verwaltet worden sind, und den Anschaffungskosten.

Können die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen werden, sind 30% der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung Bemessungsgrundlage für die Berechnung des Kapitalertragsteuerabzugs. Diese pauschale Bemessungsgrundlage kann im Rahmen der Einkommensteuererklärung durch die tatsächliche Bemessungsgrundlage ersetzt werden.

Der Kapitalertragsteuersatz beträgt 26,375 % (einschließlich Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls zuzüglich Kirchensteuer).

Als auszahlende Stelle kommen ab 2009 auch inländische Wertpapierhandelsunternehmen und inländische Wertpapierhandelsbanken in Betracht.

Die Einkommensteuer ist hinsichtlich dieser Einkünfte mit Abführung der Kapitalertragsteuer grundsätzlich abgegolten (so genannte Abgeltungsteuer). Die im Zusammenhang mit Kapitaleinkünften stehenden tatsächlichen Werbungskosten, die nach dem 31. Dezember 2008 entstehen, finden keine steuerliche Berücksichtigung. Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen wird bei Vorlage eines Freistellungsauftrages von den Einnahmen nur ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von bis zu EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) als Werbungskosten abgezogen. Legt der Anleger eine Nichtveranlagungsbescheinigung vor, ist ebenfalls eine Abstandnahme vom Steuerabzug durch die auszahlende Stelle zu berücksichtigen. Einkünfte aus Kapitalvermögen können im Rahmen der Steuererklärung angegeben werden, wenn es sich um Sachverhalte des § 32d Abs. 2 bis 6 EStG handelt; z.B. ein noch nicht ausgeschöpfter Sparerpauschbetrag, ein noch nicht berücksichtigter

Verlust bzw. eine pauschale Bemessungsgrundlage. Verluste werden grundsätzlich innerhalb der Einkunftsart 'Einkünfte aus Kapitalvermögen' von der auszahlenden Stelle verrechnet. Liegt der auszahlenden Stelle bis zum 15.12. des laufenden Jahres kein Antrag auf Verlustbescheinigung vor, werden die Verluste in das nächste Jahr vorgetragen. Sie dürfen nicht mehr mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen bzw. davon abgezogen werden. Wird eine Verlustbescheinigung beantragt, ist die Berücksichtigung der Verluste dann im Rahmen der Steuerveranlagung vorzunehmen.

Liegt der persönliche Steuersatz des Anlegers unter dem Abgeltungsteuersatz kann auf Antrag des Steuerpflichtigen von der Finanzverwaltung im Rahmen der Steuererklärung die tarifliche Einkommensteuer berechnet werden (Günstigerprüfung). Der Antrag kann für den jeweiligen Veranlagungszeitraum nur einheitlich für sämtliche Kapitalerträge gestellt werden. Über die einbehaltenen Steuerbeträge, die Höhe der noch nicht ausgeglichenen Verluste und die ausländische Quellensteuer ist dem Anleger eine Steuerbescheinigung nach amtlichem Muster auszustellen.

### ***Besteuerung der im Betriebsvermögen gehaltenen Zertifikate***

Im Falle von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder natürlichen Personen, die die Zertifikate im Betriebsvermögen halten, gilt, dass laufende Kapitalerträge und Gewinne aus einer Veräußerung oder Einlösung der Zertifikate der Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer (jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag) und, soweit anwendbar, der Gewerbesteuer unterliegen. Bei Auszahlung abgezogene Kapitalertragsteuer sowie der Solidaritätszuschlag können angerechnet werden. Die besonderen Regelungen zur Abgeltungsteuer finden keine Anwendung.

### ***Nicht in Deutschland steuerlich ansässige Anleger***

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Deutschland steuerlich nicht ansässig und somit nicht unbeschränkt einkommen- bzw. körperschaftsteuerpflichtig sind, unterliegen – von Ausnahmetatbeständen abgesehen - mit ihren Erträgen aus den Zertifikaten nicht der deutschen Einkommen- und Körperschaftsteuer und der deutschen Kapitalertragsteuer zzgl. des Solidaritätszuschlages.

Wir weisen darauf hin, dass vom 1. Juli 2005 an eine Auskunftserteilung nach der Zinsinformationsverordnung –ZIV- (Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 03. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen) bei Zinszahlungen an wirtschaftliche Eigentümer, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, an das Bundesamt für Finanzen zum Zwecke des Informationsaustausches zu erfolgen hat. Als wirtschaftliche Eigentümer im Sinne der Verordnung (§ 2 ZIV) gilt, von Ausnahmetatbeständen abgesehen, jede natürliche Person, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt. Das Bundesamt für Finanzen leitet diese Auskünfte an die zuständige Landesverwaltung im Ansässigkeitsstaat des Empfängers weiter. Die Auskunftserteilung umfasst folgende Angaben: Identität und Wohnsitz des Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, Kennzeichnung der Forderung aus der die Zinsen herrühren sowie den Gesamtbetrag der Zinsen oder Erträge und den Gesamtbetrag des Erlöses aus der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung.

## **3. Besteuerung in der Republik Österreich**

Die auf die Zertifikate gezahlten Kapitalerträge unterliegen bei einer Zahlung an eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche oder juristische Person grundsätzlich der österreichischen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

### **Qualifikation als Anteil an einem ausländischen Investmentfonds**

Die gegenständlichen Zertifikate sind nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentfonds nach § 42 Abs. 1 Investmentfondsgesetz einzustufen. Dieses Ergebnis ist aus der fehlenden Risikostreuung – Stichwort: Referenzierung auf eine Aktie – abzuleiten. Somit sind die gegenständlichen Zertifikate aus ertragsteuerlicher Sicht als Forderungswertpapiere anzusehen.

### **Besteuerung im Privatvermögen natürlicher Personen**

Die Erträge aus den Zertifikaten sind bei einer natürlichen Person im Privatvermögen als einkommensteuerpflichtige Kapitalerträge nach § 27 Abs. 2 Z 2 Einkommensteuergesetz (EStG) anzusehen.

Eine Besteuerung unterbleibt jedoch dann, wenn der Unterschiedsbetrag zwischen dem Emissionskurs und dem – im Wertpapier festgelegten – Rückzahlungswert (Einlösungswert) die Grenze von 2% des Wertpapiernominales nicht überschreitet und die Zertifikatsbedingungen laufende Zahlungen von Zinsen vorsehen. Da jedoch die genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist die Freigrenze von 2% des Wertpapiernominales nicht anzuwenden.

Im Hinblick auf die steuerliche Behandlung ist zwischen der Verwahrung der Zertifikate auf einem österreichischen Depot und einer Verwahrung der Zertifikate auf einem ausländischen Depot zu unterscheiden:

Bei **Inlandsverwahrung** unterliegt der positive Unterschiedsbetrag zwischen dem Einlösungsbetrag (Rückzahlungsbetrag) und dem Emissionskurs der Kapitalertragsteuer (KESt) von 25% (§ 93 Abs. 1 und Abs. 3, Abs. 4 EStG). Mit der Einbehaltung der KESt tritt die Endbesteuerungswirkung für einkommensteuerliche Zwecke ein (§ 97 Abs. 1 EStG). Dieses Ergebnis ist daraus abzuleiten, dass die Voraussetzungen eines öffentlichen Angebots in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht nach § 97 Abs. 1 EStG gegeben sind.

Bei **Auslandsverwahrung** ist der positive Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag (Veräußerungserlös) und dem Emissionskurs im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Darauf ist der besondere Steuersatz von 25% anzuwenden, der ebenso mit der Endbesteuerungswirkung für einkommenssteuerliche Zwecke verbunden ist (§ 37 Abs. 8, § 97 Abs. 1 EStG).

Sofern der Anleger – hinsichtlich des gesamten Einkommens – nach Maßgabe des allgemeinen einkommensteuerlichen Tarifs zu einem niedrigeren als dem genannten linearen Steuersatz von 25% besteuert wird, kann die Option auf die Besteuerung nach dem Normalsteuersatz (progressiver Tarif nach § 33 Abs. 1 EStG) ausgeübt werden (§ 97 Abs. 4 EStG). In diesem Fall ist der positive Unterschiedsbetrag – zusammen mit den anderen endbesteuerungsfähigen Kapitalerträgen – im Rahmen der persönlichen Steuererklärung des Anlegers anzugeben. Die einbehaltene KESt wird auf die zu erhebende Einkommensteuer angerechnet und mit dem übersteigenden Betrag dem Anleger rückerstattet.

Realisierte Wertschwankungen unterhalb des Emissionskurses sind grundsätzlich als Substanzgewinne bzw. Substanzverluste zu qualifizieren. Diese sind im außerbetrieblichen Bereich steuerpflichtig, wenn Einkünfte aus Spekulationsgeschäften nach § 30 EStG vorliegen. Davon ist auszugehen, wenn die Anschaffung und Veräußerung (Einlösung) des Zertifikats innerhalb eines Jahres erfolgt. Anzumerken ist, dass Verluste aus Spekulationsgeschäften nur mit positiven Einkünften aus (anderen) Spekulationsgeschäften desselben Jahres verrechnet werden können (§ 30 Abs. 4 EStG). Darüber hinaus gibt es weder einen Verlustausgleich noch einen Verlustvortrag. Insgesamt ist der progressive Steuersatz anzuwenden.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Verwahrung bzw. Verwaltung der Zertifikate anfallende Werbungskosten dürfen nicht abgezogen werden (§ 20 Abs. 2 EStG).

### ***Besteuerung im Betriebsvermögen natürlicher Personen***

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Zertifikate im Privatvermögen halten, gelten für – im Betriebsvermögen natürlicher Personen gehaltene – Zertifikate sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Die Einkünfte gelten als betriebliche Einkünfte. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte zum Normalsteuersatz erfasst.

### ***Besteuerung im Privatvermögen von Privatstiftungen***

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Zertifikate im Privatvermögen halten, gelten für (eigennützige, d.h. nicht gemeinnützige) Privatstiftungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Statt der KEST bzw. des besonderen Steuersatzes von 25% ist das Regime der Zwischenbesteuerung mit dem Körperschaftsteuersatz von 12,5% anzuwenden (§ 13 Abs. 3 Körperschaftsteuergesetz (KStG)). Die Zwischenbesteuerung unterbleibt insoweit als im Veranlagungszeitraum Zuwendungen an Begünstigte erfolgen und davon die KEST einbehalten worden ist sowie keine Entlastung von der Kapitalertragsteuer aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen erfolgt (§ 13 Abs. 3 KStG). Bei einer Inlandsverwahrung der Zertifikate findet die Befreiung von der Kapitalertragsteuer nach § 94 Z 11 Einkommensteuergesetz Anwendung. Die Option zur Besteuerung nach dem Normalsteuersatz (§ 97 Abs. 4 EStG) ist auf Privatstiftungen nicht anzuwenden. Spekulationsgeschäfte im Sinne des § 30 EStG unterliegen bei einer Privatstiftung der Körperschaftsteuer zum Normalsteuersatz (25%) (§ 22 Abs. 1 KStG).

### ***Besteuerung im Betriebsvermögen juristischer Personen und Privat-Stiftungen***

Allfällige Erträge aus den Zertifikaten unterliegen als Einkünfte aus Gewerbebetrieb dem Körperschaftsteuersatz von 25%. Bei Privatstiftungen ist die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 11 EStG anzuwenden. Bei Kapitalgesellschaften kann die Befreiung von der KEST nach § 94 Z 5 EStG zur Anwendung kommen. Auf die Besonderheiten aufgrund der Gewinnermittlungsvorschriften (Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften) wird an dieser Stelle kein ausdrücklicher Bezug genommen. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte erfasst. Es ist ein Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden (§ 22 Abs. 1 KStG).

### ***Besteuerung eines Steuerausländers***

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Österreich nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, unterliegen mit ihren Erträgen aus den Zertifikaten nicht der österreichischen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, sofern die Einkünfte daraus nicht zum inländischen Betriebsvermögen oder dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören.

Bei Verwahrung der Zertifikate auf einem österreichischen Depot ist das kuponauszahlende Kreditinstitut zur Einbehaltung der KEST verpflichtet. Die Einbehaltung der KEST sollte unterbleiben, wenn der Anleger dem Kreditinstitut (der kuponauszahlenden Stelle) seine Ausländereigenschaft nachweist bzw. glaubhaft macht, dass er im Inland weder einen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder dass er die Voraussetzungen für die beschränkte Steuerpflicht auf Grund der Zweitwohnsitzverordnung, BGBl II 2003/528 erfüllt. Darüber hinaus darf vom Steuerabzug nur abgesehen werden, wenn sich das betreffende Forderungswertpapier auf dem Depot eines inländischen Kreditinstitutes befindet (Randzahl 8018 Einkommensteuerrichtlinien 2000).

Bei natürlichen Personen, die in Österreich der beschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen, kann der positive Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag (Veräußerungserlös) und dem Emissionskurs der EU-Quellensteuer nach dem EU-Quellensteuergesetz (EU-QuStG) (BGBl I 2004/33) bzw. der Richtlinie des Rates 2003/EG/48 vom 3.6.2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen unterliegen (derzeit 20%). Voraussetzung ist, dass die natürliche Person als wirtschaftlicher Eigentümer der Zinsen zu sehen ist und seinen Wohnsitz innerhalb der

Europäischen Union hat. Als wirtschaftlicher Eigentümer ist – von Ausnahmetatbeständen abgesehen – jede natürliche Person zu sehen, die eine Zinszahlung vereinnahmt oder zu deren Gunsten eine Zinszahlung erfolgt (§ 2 Abs. 1 EU-QuStG). Für die Anwendung der EU-Quellensteuer ist zudem erforderlich, dass die Erträge aus den vorliegenden Zertifikaten als Zinsen im Sinne von § 6 Abs. 1 EU-QuStG zu sehen sind. Wenngleich die Zertifikate mit einem Garantieniveau versehen sind, sollte ein allfälliger positiver Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag (Veräußerungserlös) und dem Emissionskurs – infolge der Bezugnahme auf eine Aktie – nicht der EU-Quellensteuer unterliegen (Schreiben des BMF vom 1. August 2005).

**Diese Hinweise können die steuerliche Beratung im Einzelfall nicht ersetzen, da letztlich auch die individuelle Situation des einzelnen Anlegers berücksichtigt werden muss. Daher sollte jeder Anleger den Rat eines Vertreters der steuerberatenden Berufe einholen.**

München, 16. Oktober 2009

**Bayerische Landesbank**

---

---